Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 73 — Freitag, 12. Februar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsschluß: Nachrichten Dresden Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941 Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011 Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. allg. Preisabschlag II. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Sievert & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1055 Dresden Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Tributvereinbarung auf deutsche Kosten

England für die französische Politik gewonnen

Paris, 12. Febr. Der „Matin" erklärt in seiner heutigen Ausgabe, in der Unterredung des französischen Ministerpräsidenten mit dem englischen Botschafter habe man sich grundsätzlich über den Text einer Formel geeinigt, die die kürzliche Vertagung der Lausanner Konferenz über die Reparationsfrage begründet, und die Wiederaufnahme der allgemeinen Verhandlungen zwischen den Gläubigermächten und Deutschland auf den Juni anberaumt.

Diese Formel regele nichts hinsichtlich des Abkommens, das für eine beschränkte Periode an die Stelle des Hoover-Moratoriums treten soll, und auch nichts hinsichtlich der Gesamtheit des Reparationsproblems.

In allen wesentlichen Punkten, die kürzlich noch den Gegenstand der Verhandlungen der Sachverständigen bildeten, übernehme weder die französische noch die englische Regierung irgendeine Verpflichtung. Die Debatte werde also uneingeschränkt der nächsten Konferenz vorbehalten bleiben. Nichtsdestoweniger weigerten sich die englische und die französische Regierung, und zwar im Rahmen und im Geiste des Kommuniqués von Washington, energisch, eine einseitige Kündigung des Youngplanes durch Deutschland zuzulassen, mit anderen Worten: **Frankreich und England seien zwar bereit, der Weltwirtschaftskrise Rechnung zu tragen und Deutschland provisorisch die Durchführung eines frei unterzeichneten Planes zu erleichtern, aber jede weitergehende Entwicklung der allgemeinen Verhandlungen hänge immer noch von den Absichten Amerikas ab; die Reparationsfrage und das Problem der interalliierten Schulden blieben also eng miteinander verbunden.**

Wie der Pariser Berichterstatter der „Times" dazu meldet, wird der Wortlaut des Abkommens zwischen England und Frankreich erst nach Zustimmung der englischen Regierung veröffentlicht werden. England und Frankreich seien darüber einig, daß Deutschland nach dem 1. Juli nicht schlechtere Bedingungen auferlegt werden sollen als bisher. „Daily Mail" meldet, daß sich weder England noch Frankreich auf eine bestimmte Politik festgelegt hätten. Das Uebereinkommen sehe lediglich die Einberufung einer Konferenz vor, auf der unter anderem die „volle und dauernde Regelung der Reparationsfrage" erörtert werden soll. Die Tatsache, daß man den Ausdruck „dauernde Lösung der Reparationsfrage" gebraucht habe, scheine anzudeuten, daß

jeder Gedanke an eine Streichung der Reparationen aufgegeben

worden sei. Nach dem Bericht der „Morning Post" soll zwischen der englischen und französischen Regierung schon ein Einvernehmen über die Summe bestehen, die man bei einer endgültigen Reparationsregelung verlangen wolle. **Man nehme an, daß die Franzosen hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Youngplanes zufriedengestellt worden seien und daß anderseits dem englischen Standpunkt Zugeständnisse gemacht worden seien, wonach Deutschland auf mehrere Jahre von allen Zahlungen befreit werden solle.**

Die französische Gegenleistung

London, 12. Febr. Der Pariser „Times"-Korrespondent meldet: Sobald Sir John Simon die Pariser Reparationsvereinbarungen gebilligt hat, werden Besprechungen mit der deutschen Regierung durch Vermittlung des deutschen Botschafters in Paris folgen. Die britische Regierung hat dem Korrespondenten zufolge gegenüber den französischen Wünschen einen sehr versöhnlichen Geist gezeigt, **und die französische Regierung sei ihr dafür in der Frage der 10prozentigen Zollaufschläge auf britische Kohlen entgegengekommen.**

Der Korrespondent fügt hinzu, bei den Verhandlungen sei keinesfalls von einer „Einheitsfront" gegenüber einer dritten Partei die Rede gewesen. Es werde übrigens noch erheblicher weiterer Vorbereitungen bis zur Reparationskonferenz bedürfen.

*

Alle verschleiernden Redensarten können den Eindruck nicht verwischen, daß zwischen London und Paris wieder einmal ein Handelsgeschäft auf Deutschlands Kosten abgeschlossen worden ist. England erklärt sich mit der Verschleppung der Tributkonferenz einverstanden; noch mehr, es läßt die Forderung nach einer endgültigen Regelung fallen und schließt sich dem französischen Provisoriumsvorschlag an, der für die Krisendauer Deutschland gewisse Erleichterungen gewähren und dann das Youngsystem möglichst unverändert wieder in Kraft setzen will. Auch auf den Einwand, daß auf diese Weise die Weltkrise nie ein Ende nehmen, sondern unter dem Reparationsdruck nur verschärft wird, hat England verzichtet. Und was hat es für diese Preisgabe seiner bisherigen Politik eingehandelt? Einige Erleichterungen für seine Kohleneinfuhr nach Frankreich. So glaubt man heute noch Weltpolitik machen zu können! Aber so schön das alles ausgedacht sein mag, das unumstößliche deutsche Nein gegen alle weiteren Tributforderungen wird auch durch diese saubere Rechnung einen Strich machen.

Vorbesprechung der leitenden Staatsmänner?

Genf, 12. Febr. Der italienische Außenminister Grandi hat am gestrigen Abend eine längere Unterredung mit dem englischen Außenminister Simon gehabt, in der, wie von italienischer Seite mitgeteilt wird, eingehend die Stellung der Reichsregierung zur Tributfrage erörtert worden ist. In der Unterredung soll entsprechend den Verhandlungen, die während des Aufenthaltes des Reichskanzlers in Genf stattgefunden haben, von neuem vereinbart worden sein, daß die Reparationskonferenz Mitte oder Ende Juni zusammentritt, daß jedoch vorher, möglichst bereits in einigen Wochen, eine Vorbesprechung der leitenden Staatsmänner der an der Reparationsfrage hauptbeteiligten Mächte in Genf stattfinden soll. Grandi soll in der Unterredung vorläufig seine Zustimmung zu diesem Vorgehen zum Ausdruck gebracht haben. Seine endgültige Stellungnahme wird jedoch erst erfolgen, nachdem er in Rom mit Mussolini diese Frage eingehend durchberaten hat. Heute nachmittag findet eine Unterredung zwischen Grandi und Staatssekretär v. Bülow statt.

Die Wilhelmstraße glaubt nicht an materielle Einigung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Febr. Zu den Meldungen, nach denen in der Reparationsfrage zwischen London und Paris bereits ein Abkommen auf der Basis einer weitgehenden materiellen Uebereinstimmung abgeschlossen worden sei, verlautet in der Wilhelmstraße, daß dort Informationen dieser Art nicht vorlägen. Man glaubt, daß eine materielle Einigung zwischen den beiden Staaten nicht erfolgt sei, sondern lediglich eine Vereinbarung über den Termin der kommenden Reparationskonferenz und den Tagungsort. Inwieweit bei dieser Verlautbarung der Wunsch Vater des Gedankens ist, muß dahingestellt bleiben.

Politische Zusammenstöße in Berlin

Planmäßige kommunistische Störungsaktion

Berlin, 12. Februar. Die Kommunisten haben am Donnerstagabend versucht, die sämtlichen 23 in Berlin von der NSDAP. veranstalteten Erwerbslosenversammlungen nach einem anscheinend genau festgelegten Plan zu stören. In den meisten Fällen waren die Säle bereits lange vor Beginn von den Kommunisten besetzt. Vielfach wurden die Nationalsozialisten auf dem Wege zu den Versammlungslokalen überfallen. In anderen Fällen kam es während und nach Schluß der Versammlungen zu Schlägereien. Die Zahl der Verletzten ist auch nicht annähernd festzustellen, da die leichter Verwundeten von ihren Anhängern mitgenommen wurden. Die Mehrzahl der Versammlungen mußte polizeilich aufgelöst werden.

Grzesinski droht mit Versammlungsverbot

Berlin, 12. Febr. Der Polizeipräsident hat folgendes Schreiben an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und Kommunistische Partei gerichtet: „Die Vorgänge in den letzten Tagen haben erkennen lassen, daß von seiten Ihrer Parteiangehörigen planmäßig öffentliche politische Versammlungen anderer Parteien gestört und die Abhaltung der Versammlungen zum Teil unmöglich gemacht worden ist. Sollen sich diese Vorfälle wiederholen, so sehe ich mich genötigt, zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung die öffentlichen Versammlungen, die von Ihrer Partei beabsichtigt werden, vorwiegend zu verbieten, da erwartet werden kann, daß durch das Abhalten Ihrer Versammlungen weitere Gefahren für die öffentliche Sicherheit eintreten werden."

Noch Unsicherheit in der Präsidentschaftsfrage

Verhandlungen rechts und links

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Febr. Mit einer Entscheidung in der Präsidentschaftsfrage dürfte, wie nun wohl feststeht, nicht vor Sonntag zu rechnen sein. Mit Nachdruck wird seit gestern in der Wilhelmstraße darauf verwiesen, daß eine verbindliche Stellungnahme des Reichspräsidenten von Hindenburg noch nicht vorliege. Dieser Hinweis kann als Entgegnung auf verschiedene Pressestimmen gelten, nach denen der Generalfeldmarschall seinen Entschluß bereits gefaßt habe oder gar am heutigen Freitag schon offiziell bekanntgeben wolle. Wahrscheinlich wird man im Reichspräsidentenpalais erst das Ergebnis der Sammelaktion des Sahmausschusses abwarten, die bis Sonnabendabend läuft und bisher über 1 500 000 Einzelzeichnungen zusammenzubringen vermochte. Auch der Kyffhäuserbund ist entgegen verschiedenen Ankündigungen noch nicht aus seiner bisher bewahrten Reserve herausgetreten; ein für heute erwarteter Hindenburgaufruf ist nicht erschienen. Wie von der Kyffhäuserpressestelle mitgeteilt wird, ist für Freitag nicht mehr mit einem Schritt in dieser Richtung zu rechnen.

Mit begreiflichem Interesse verfolgt die Oeffentlichkeit naturgemäß

die vertraulichen Besprechungen innerhalb der Harzburger Front,

die für die künftige politische Entwicklung von großer Bedeutung sind. Am Donnerstag fanden sich die Herren Hitler, Hugenberg und Major Wagner von der Bundesleitung des Stahlhelms zu einer Aussprache zusammen, die heute fortgesetzt wird. Ziel dieser Besprechung ist die Aufstellung einer Gemeinschaftskandidatur der Harzburger Opposition. Welche Pläne die einzelnen Harzburger Gruppen haben, läßt sich bei der sich ständig verändernden Lage schwer feststellen. Eine Entscheidung ist bisher weder für eine nationalsozialistische noch für eine deutschnationale Parteikandidatur gefallen. Bei einer eventuellen Hitlerkandidatur würden sich wahrscheinlich Schwierigkeiten in der Staatsangehörigkeitsfrage ergeben. Nicht ungewichtige Bestrebungen gehen dahin, den Kandidaten der Harzburger Front nicht einer der angeschlossenen Parteien zu entnehmen, sondern eine Persönlichkeit zu nominieren, für die gleichermaßen die Nationalsozialisten wie die Deutschnationalen, der Stahlhelm, die Vereinigten Vaterländischen Verbände und die zahlreichen politischen Gruppen der Halbrechten ihre Stimme abgeben könnten.

Obwohl es parteiamtlich nicht zugegeben wird, hat sich gestern

die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

doch mit größter Ausführlichkeit mit der Frage der Präsidentschaftswahl befaßt. Man hat dabei intern die Feststellung getroffen, daß für den Fall der Hindenburgkandidatur ein sehr erheblicher Prozentsatz der Sozialdemokratischen Partei selbst dann nicht an die Wahlurne gebracht werden könne, wenn die Parteiführung offiziell die Hindenburgparole ausgeben sollte. Das ist nicht zuletzt auf den schweren Konflikt zurückzuführen, der vom Reichsbanner dem Reichswehrministerium gegenüber vom Zaune gebrochen worden ist und zu heftigen Ausfällen der sozialdemokratischen Presse gegen Groener geführt hat. Das Reichsbanner möchte bekanntlich mit allen Mitteln die Verordnung des Reichswehrministers rückgängig machen, nach der auch Nationalsozialisten in die Reichswehr aufgenommen werden können. Da die Sozialdemokratische Partei aber mit der „Eisernen Front" praktisch identisch ist, schmelzen die SPD.-Sympathien für eine von der Mitte getragene Präsidentschaftskandidatur ständig zusammen. Das wirft die zahlenmäßigen Berechnungen um, die man sich dort über den Ausgang der Präsidentschaftskandidatur bisher gemacht hatte.

Wie schon anfangs gesagt, ist die Entscheidung des Reichspräsidenten nicht vor Sonntag zu erwarten. Man spricht in unterrichteten Kreisen davon, daß die Stellungnahme Hindenburgs in die Form einer großen Kundgebung gekleidet werden soll. Zuverlässig läßt sich darüber naturgemäß noch nichts in Erfahrung bringen, da die allgemeine Unsicherheit der Lage allerorten zu einer großen Zurückhaltung gegenüber der Presse geführt hat.

Seldte zur Präsidentenwahl

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Febr. Zur Präsidentschaftsfrage liegt jetzt eine bemerkenswerte Aeußerung von autoritativer Stahlhelmseite vor. Der Stahlhelmführer Seldte sprach gestern in einer Versammlung in Altona u. a. auch über die Reichspräsidentenwahl und über die Harzburger Front. Seldte erklärte, es sei sehr bedauerlich, daß Hindenburg seinen früheren Wählern, den Frontsoldaten, die Wahl so schwer mache. Am Mittwoch hätte eine deutliche Aussprache stattgefunden. Es sei jedoch nicht zu einer Einigung gekommen. Es würde aber versucht werden, eine anständige Lösung zu finden. Man werde sich mit den Führern der nationalen Opposition noch einmal besprechen und werde dann noch einmal an den Reichspräsidenten herantreten. Der Stahlhelm versuche es zu ermöglichen, daß Hindenburg nicht als Exponent des heutigen Systems erscheine.

Unser neuer Roman

Die Rechburg brennt

von LUCY CORNELSSEN

beginnt in dieser Nummer